

**ARBEITGEBERFORUM**

**WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT**

**»REFORMEN OHNE  
SOZIALE GERECHTIGKEIT?«**

26. Oktober 2004  
Haus der  
Deutschen Wirtschaft,  
Berlin

  
**BDA**  
BUNDESVEREINIGUNG  
der Deutschen Arbeitgeberverbände



Kardinal Karl Lehmann,  
Dr. Dieter Hundt  
und Bischof Dr. Wolfgang  
Huber im Gespräch.



**Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände**

im Haus der Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

Briefadresse:  
11054 Berlin

Telefon 030/20 33-0  
Fax 030/20 33-10 55  
info@bda-online.de

[www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)

## Inhalt

<b>Arbeitgeberforum Wirtschaft und Gesellschaft – »Reformen ohne soziale Gerechtigkeit?« Dr. Reinhard Göhner</b>	<b>3</b>
<b>Werte und Wandel »Welche Orientierung erwartet die Wirtschaft von den Kirchen?« Dr. Dieter Hundt</b>	<b>5</b>
<b>Profilschärfung oder Konzentration auf das Kerngeschäft »Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?« Kardinal Karl Lehmann</b>	<b>13</b>
<b>Die Kirchen als sozialer Dienstleister »Zwischen sozialpolitischem Reformdruck und dem Anspruch christlicher Nächstenliebe« Bischof Dr. Wolfgang Huber</b>	<b>25</b>

**ARBEITGEBERFORUM WIRTSCHAFT  
UND GESELLSCHAFT –  
»REFORMEN OHNE SOZIALE  
GERECHTIGKEIT?«**

**DR. REINHARD GÖHNER,**  
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung  
der Deutschen Arbeitgeberverbände



In Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche suchen viele Menschen nach Orientierung. Die Erweiterung der Europäischen Union, die sich scheinbar beschleunigenden Folgen der Globalisierung der Wirtschaft, die Folgen im Inneren unseres Landes – sozialer Wandel, demographischer Wandel – all dies führt zu Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft. Alle Bereiche unseres Gemeinwesens werden von diesem Wandel ergriffen.

Die Frage, wie die künftige Gesellschaft aussehen soll, ist eine Frage, die die Arbeitgeber täglich bewegt: Soziale Marktwirtschaft unter ganz neuen Bedingungen, aber einer durchaus alten Herausforderung. Es geht um die richtige Balance zwischen Solidarleistungen und Eigenverantwortung des Einzelnen unter den heutigen Bedingungen.

Mit ihrer neuen Veranstaltungsreihe »Arbeitgeberforum Wirtschaft und Gesellschaft« will die BDA den Zustand unseres Gemeinwesens analysieren, mögliche Antworten in der aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte aufzeigen und den Umwandlungsprozess aktiv mitgestalten. Die Reihe wird prominenten Gastrednern die Möglichkeit geben, zu zentralen Fragen der Gesellschaftspolitik Stellung zu beziehen und den gesellschaftlichen Dialog zu bereichern.

Das erste Arbeitgeberforum Wirtschaft und Gesellschaft hat sich der Suche nach Antworten auf diese Fragen im Dialog mit den Kirchen gewidmet. Zum Thema »Reformen ohne soziale Gerechtigkeit?« sprachen am 26. Oktober 2004 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Karl Lehmann und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Bischof Dr. Wolfgang Huber. Damit stand diese Veranstaltung in der guten Tradition eines langjährigen und intensiven Dialogs zwischen Arbeitgebern und Kirchen, der mehr denn je notwendig ist. Wir wollen, wir möchten, wir werden diesen Dialog verstärken. Die vorliegende Dokumentation soll dazu einen Beitrag leisten. ■

**WERTE UND WANDEL  
»WELCHE ORIENTIERUNG  
ERWARTET DIE WIRTSCHAFT  
VON DEN KIRCHEN?«**

**DR. DIETER HUNDT,  
Arbeitgeberpräsident**



**S**eit vielen Jahren pflegen Kirche und Wirtschaft einen vielseitigen und intensiven Dialog. Dennoch hat das heutige Treffen der Spitzen von Kirchen und Wirtschaft eine besondere Qualität. Gerade in Zeiten grundlegender sozialer Veränderungen unseres Staates und unserer Gesellschaft wird auch das persönliche Gespräch zwischen den tragenden gesellschaftlichen Gruppen immer wichtiger.

Ausdruck der gegenseitigen Wertschätzung sind die hochkarätigen Referenten, die heute hier mit uns diskutieren. Insbesondere freue ich mich ganz besonders, dass Sie Kardinal Lehmann und Sie Bischof Huber heute bei uns als Redner zu Gast sind.

Der offene und kritische Austausch untereinander, die Suche nach einer tragfähigen und wirksamen Lösung für die Probleme unseres Landes ist unerlässlich. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände will mit dem Symposium »Wirtschaft und Gesellschaft« diesen Austausch von Meinungen und Gedanken anregen und so zu einer Versachlichung aktueller gesellschaftspolitischer Debatten beitragen. Ihr zahlreiches Erscheinen zeigt, dass wir damit einen Nerv getroffen haben. Ihr großes Interesse bestärkt uns, mit dieser Form des gesellschaftspolitischen Austauschs weiterzumachen.

Wie ein roter Faden durchzieht der Begriff »soziale Gerechtigkeit« die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatten der vergangenen Monate. Die Agenda 2010, die Hartz-Reformen, die Diskussion um die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Modernisierung der Kranken-, Renten- oder Pflegeversicherung: Immer wieder werden Denkanstöße, Reformvorschläge oder Gesetzesvorhaben mit dem Vorwurf konfrontiert, sozial ungerecht zu sein.

Dabei stellt sich die Frage: Was ist gerecht, was ist sozial ungerecht? Was ist wünschenswert, was ist nicht länger finanzierbar? Was ist dem Einzelnen zumutbar und wo endet die Eigenverantwortung des Bürgers?

Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn Menschen am Tag eine Stunde länger arbeiten, um damit einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens und zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes zu leisten? Denken Sie an die Diskussion über die Einführung der Praxisgebühr zurück. Sind 10 Euro im Quartal wirklich das Ende der sozialen Gerechtigkeit, wenn damit für die Solidargemeinschaft teure Fehlsteuerungen im Gesundheitswesen verhindert werden können? Sind wir schon so bequem geworden, zu glauben nichts mehr selber leisten zu müssen und alles vom Staat organisiert zu bekommen? Haben wir ein Recht darauf, all unsere Probleme der Gemeinschaft zu überlassen, selbst aber immer weniger zu dieser Gemeinschaft beizutragen?

In der öffentlichen Auseinandersetzung über den richtigen Kurs unserer Gesellschaft prallen vollkommen unterschiedliche Auffassungen über Wesen, Aufgaben und Pflichten unseres Sozialstaats aufeinander. Selten hat es mehr gesellschaftlichen Protest und Widerspruch gegeben als in den vergangenen Monaten. Statt sich mutig den Herausforderungen der Zukunft zu stellen, blicken viele Menschen mit Sorge auf den Reformprozess. Es ist legitim, seiner Sorge um den eigenen Wohlstand, um die eigene Zukunft Ausdruck zu verleihen. Diese Sorgen der Bevölkerung muss die Politik auch ernst nehmen. Sie darf aber nicht jedem Stimmungsphantom hinterherlaufen. Vielmehr muss die Politik erklären, warum sie Reformen macht und welches Ziel diese haben. Ich kann an die Politik nur appellieren, an den beschlossenen Reformen festzuhalten und diese konsequent umzusetzen, ja zu intensivieren!

Es ist erschütternd, dass die Auseinandersetzungen um die Arbeitsmarktreformen genau jene Gruppierungen gestärkt haben, die keine, aber wirklich gar keine vernünftigen Lösungen anzubieten haben. Es ist leicht, alles niederzuschreiben. Schwieriger ist es, mitzuarbeiten, Probleme anzugehen, Verantwortung zu übernehmen. Aber genau das ist es, was wir brauchen, und das ist es, woran die Gegner der Reformen gerade nicht interessiert sind: Weder die in Sachsen und Brandenburg erfolgreichen rechtsextremen Parteien, noch die PDS, noch die Gegen-alles Vertreter von Attac, die nur das Mantra »mehr Steuern, mehr Umverteilen, weniger Arbeiten« kennen.

Wir alle wissen doch, dass mit ewiggestrigen Forderungen die Modernisierung Deutschlands nicht zu leisten ist. Über Jahre haben wir die Bürger in der falschen Sicherheit gewogen, dass vor allem der Staat alle Probleme lösen könnte. Einer der größten politischen Fehler der vergangenen Jahrzehnte war die falsche Gewichtung zwischen Solidarität und Subsidiarität zugunsten einer überbordenden Solidarität. Mit dem Anspruch, soziale Gerechtigkeit durch mehr Umverteilung schaffen zu wollen, wurden Bedürftigkeit und Abhängigkeit vom Staat zementiert. Das Prinzip

Hilfe zur Selbsthilfe ist darüber in Vergessenheit geraten. Deshalb dürfen wir uns nicht wundern, dass jetzt viele Bürger Schwierigkeiten haben, die notwendigen Veränderungen in unserem Land mitzutragen.

Sie, Herr Ratsvorsitzender, haben in Ihrer Grundsatzrede vor wenigen Wochen in der Französischen Friedrichstadtkirche ebenso auf diese Fehlentwicklung hingewiesen wie Sie, Herr Kardinal, im vergangenen Jahr in Ihrem Impulstext »Das Soziale neu denken«. Dass beide Kirchen deutlich gemacht haben, dass die von der Bundesregierung in Angriff genommenen Reformen zwingend notwendig und unterstützenswert sind, halte ich für wichtig und begrüßenswert. Es ist die Art von Orientierung, die sich die deutsche Wirtschaft von den Kirchen erhofft.

Der offene und kritische Meinungsaustausch zwischen Kirchen und Unternehmen, für den ich herzlich danke, ist ein wichtiger, unverzichtbarer Bestandteil der politischen Kultur unseres Landes, den wir fortsetzen wollen. Es ist klar, dass beide Seiten nicht immer einer Meinung sein werden. Aber es ist wichtig, dass jenseits der gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten das gemeinsame Ziel deutlich wird, unser Land wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. In der Wirtschaftspolitik wie in der Gesellschaftspolitik hat das Wort der Kirchen Gewicht. Und es sind genau diese gewichtigen Worte, die wir brauchen, um in einer hektischen und hitzigen Reformdebatte für Orientierung zu sorgen.

Sehr geehrter Herr Kardinal, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, Ich denke, dass wir darin übereinstimmen, dass die begonnenen Reformen nur der Anfang einer längst überfälligen Entwicklung sein können. Kirchen und Wirtschaft müssen sich gemeinsam darum bemühen, diese Entwicklung zu unterstützen und den so dringend nötigen Mentalitätswechsel zu fördern.

Es ist an der Zeit, wieder nach vorne zu blicken. Es ist Zeit,

- dass Begriffe wie »Reform«, »Wettbewerb« und »Globalisierung« nicht mehr als Schreckgespenst, sondern als Chance für eine bessere Zukunft verstanden werden,
- dass wir wieder lernen, zunächst uns selbst zu helfen, bevor wir nach Hilfe vom Staat rufen,
- dass wir unsere Sozialpolitik nicht nach der Höhe, sondern an der Wirkung ihrer Ausgaben messen.

Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Marktwirtschaft müssen wieder zu einem deutschen Markenzeichen werden.

Von dem katholischen Theologen und Philosophen Franz von Baader stammt der Satz: »Alles Leben steht unter dem Paradox, dass wenn es beim Alten bleiben soll, es nicht beim Alten bleiben darf.« Für den Wirtschaftsstandort Deutschland trifft dieser Satz ebenso zu wie für die deutsche Gesellschaft.

Deutschland ist ein Land, das sich wandelt und das sich wandeln muss. Die Welt in der wir leben verändert sich ständig. Die Osterweiterung der Europäischen Union, die Globalisierung, der Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft – allein die wirtschaftlichen Veränderungen beeinflussen unser Leben bereits heute auf besondere Weise. Unternehmen und ihre Mitarbeiter müssen sich den neuen Marktbedingungen anpassen, um sich im globalen Wettbewerb behaupten zu können. Der Wandel in Deutschland ist auch Reaktion. Reaktion darauf, dass wir in vielen Bereichen unseres Lebens Veränderungen schmerzlich zu spüren bekommen. Unsere Wirtschaft ist nicht länger Wachstumsmotor in Europa, unsere Bildung nur noch europäisches Mittelmaß, unsere Arbeitslosenzahlen zu hoch, unsere Geburtenraten zu niedrig.

- Niemand kann heute noch behaupten, die Renten seien sicher, denn die zunehmende Alterung und die wachsende Kinderlosigkeit unserer Gesellschaft rütteln an den Grundfesten unseres Sozialstaats. Deutschland ist das geburtenschwächste Land der Europäischen Union. Gleichzeitig altert unsere Gesellschaft rapide. In 30 Jahren werden über die Hälfte aller Deutschen älter als 50 Jahre sein.
- Niemand kann heute noch behaupten, dass wir mit weniger Arbeit mehr Arbeitsplätze schaffen, wenn alle europäischen Länder, die mehr arbeiten auch ein größeres Wirtschaftswachstum haben.
- Niemand kann das bisherige deutsche Bildungssystem noch als vorbildlich bezeichnen, wenn alle Vergleichsstudien beweisen, dass wir nur noch europäisches Mittelmaß sind.
- Es ist nicht wahr, dass nur genügend finanzielle Mittel umverteilt werden müssen, damit es allen gut geht und die soziale Gerechtigkeit hergestellt ist. Wenn es mit einer Staatsquote von 48 Prozent schon nicht gelingt, unsere jetzigen Probleme zu lösen, können weitere Steuererhöhungen doch unmöglich der Weisheit letzter Schluss sein.
- Wir haben auch keine zusätzlichen Mittel zum Verteilen. Im Gegenteil: Schon heute lebt Deutschland über seine Verhältnisse. Bis zum Ende dieses Jahres wird der öffentliche Schuldenstand auf 1,41 Billionen Euro angewachsen sein. Ende 2005 werden im Bundeshaushalt 20 Prozent der gesamten Steuereinnahmen für Zinsen ausgegeben.

Wir wissen also, was wir uns nicht länger leisten können. Zu klären bleibt die Frage, was wir uns leisten wollen:

Wenn wir mehr Beschäftigung wollen, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die viel zu hohen Lohnzusatzkosten zu senken. Unsere Unternehmen müssen durch eine Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts wieder Luft zum Atmen bekommen. Eine grundlegende, unternehmerfreundliche Steuerreform ist ebenso vonnöten wie eine Überarbeitung des beschäftigungshemmenden Kündigungsschutzes.

Wenn wir unsere Sozialversicherungssysteme absichern wollen, muss ein finanzierbares, zukunftssicheres System geschaffen werden. Die Rentenversicherung sollte durch ein Mischsystem aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Risikovorsorge ersetzt werden. Eine Anhebung der abschlagsfreien Regelaltersgrenze auf 67 Lebensjahre ist angesichts der demographischen Entwicklung dringend zu empfehlen. Auch die Kranken- und Pflegeversicherungen müssen in dieser Hinsicht modernisiert und ihre Finanzierung vom Arbeitsverhältnis gelöst werden.

Wenn wir ein besseres Bildungsniveau wollen, müssen wir mehr und intelligenter in unsere Bildungseinrichtungen investieren. Auch hier brauchen wir mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Bildungskonzepte müssen durch individuelle Förderung die Potenziale und Begabungen der Kinder und Jugendlichen entwickeln.

Wenn wir unsere Familien stärken wollen, müssen wir neue und innovative Konzepte entwickeln, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und die finanzielle Lage von Familien dauerhaft verbessern. Ich denke und hoffe, dass wir gerade in dieser Frage in einen engeren Kontakt zu den Kirchen treten können. Die BDA unterstützt alle Bemühungen der Unternehmen, über flexible Arbeitszeiten, Telearbeit und eine deutliche Ausweitung der Betreuungsangebote Eltern eine rasche Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen.

Wenn wir als Gesellschaft mehr erreichen wollen, müssen wir mehr Bereitschaft und Einsatz zeigen, Dinge zu ändern. Aber die Welt ändert sich nicht durch Jammern und Klagen. Die Welt ändert sich nur durch mutiges Anpacken!

Deutschland grundlegend zu reformieren und die nötigen Rahmenbedingungen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu schaffen, erfordert Mut. Gegen den Druck der öffentlichen Meinung für weitere, noch deutlichere Reformen einzutreten, erfordert ebenfalls Mut – denn viele der dafür nötigen Maßnahmen, ich denke hier z. B. an die Modernisierung des gesetzlichen Kündigungsschutzes, sind zweifelsohne unpopulär. Sie sind

aber sozial gerecht, da sie die Grundlage dafür bieten, dass Menschen schnell wieder in Lohn und Brot kommen. Wir blicken bei der Beurteilung sozialer Gerechtigkeit zu sehr auf Anzahl und Umfang der staatlichen Schutzmechanismen und zu wenig auf das Ziel, das wir erreichen wollen. Ungerecht ist, wenn wir aus reiner Klientelpolitik an gesetzlichen Regelungen festhalten, die eine rasche Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt verhindern.

Ein Arbeitsplatz eröffnet jedem Einzelnen die Chance, für sich selbst zu sorgen und sich an der Gesellschaft zu beteiligen. Diese Beteiligungschancen sind der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft – eine Tatsache, auf die gerade die Kirchen immer wieder hingewiesen haben. Im gemeinsamen Sozialwort der Kirchen von 1997 wird betont, dass »die Erwerbsarbeit für das geregelte Einkommen, die soziale Integration und die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung zentral ist«.

In diesem Satz liegt eine der wesentlichen Orientierungshilfen innerhalb der heutigen Reformdebatte. Ich wiederhole es noch einmal: Eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen für soziale Gerechtigkeit ist die Erwerbsbeteiligung des Einzelnen. Und diese werden wir nur durch die Schaffung von Arbeitsplätzen erreichen können. Eine Reform, die Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Ziel hat, ist daher sozial gerecht.

Dass sich die Kirchen in dieser Frage engagieren, gibt uns Arbeitgebern Hoffnung, dass sich trotz der schwierigen Lage ein gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich der Richtung unseres Landes finden lässt.

Es ist wichtig,

- dass die Kirchen aktiver Gesprächspartner bleiben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber,
- dass Diskussionen über Reformbemühungen, soziale Gerechtigkeit, insbesondere aber auch Familienpolitik, Bildung und Wertevermittlung in den Kirchen aufgenommen und weiterentwickelt werden,
- dass Arbeitgeber und Kirchen den Mut haben, trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten, in der Modernisierung unserer Gesellschaft eine gemeinsame Aufgabe zu sehen.

Alle müssen ihren Beitrag zu den Reformen leisten und diese aktiv unterstützen. Das gilt gleichermaßen für die politischen Parteien wie für Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Medien und auch uns Arbeitgeber. Alle Gruppen der Gesellschaft, alle Bürgerinnen und Bürger sind

aufgefordert, weiter am Aufbau des gemeinsamen Deutschlands mitzuarbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Veranstaltung mit spannenden Diskussionen und angenehmen Gesprächen. ■

**PROFILSCHÄRFUNG ODER  
KONZENTRATION  
AUF DAS KERNGESCHÄFT  
»WAS KANN DIE KIRCHE  
VON DER WIRTSCHAFT LERNEN?«**



**KARDINAL KARL LEHMANN,  
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz**

**D**ie heutige Tagung des Dialogs von Kirche und Wirtschaft steht in der Tradition eines wichtigen und gut gepflegten Meinungsaustausches zwischen der Kirche und den deutschen Arbeitgeberverbänden, für den ich sehr dankbar bin. Diese Tradition gründet nicht zuletzt auf dem Fundament gemeinsamer Überzeugungen beider Dialogpartner: Stand doch ein großer Teil der Väter der Sozialen Marktwirtschaft – ich nenne nur Walter Eucken, Adolf Lampe und Alfred Müller-Armack – auf einem christlichen Fundament. Sie gründet aber auch in der Einsicht, dass neben den ökonomischen und finanziellen Aspekten auch ethisch-spirituelle und gesellschaftlich-politische Grundwerte für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unentbehrlich sind. [1]

Präsident Dr. Hundt hat zu Beginn dieser Tagung beschrieben, welche Orientierung die Wirtschaft von den Kirchen erwartet. Ich bin dankbar für dieses Interesse, das ja ein wesentlicher Antrieb für den Dialog zwischen den Kirchen und der Wirtschaft ist, sei es im regelmäßig stattfindenden Spitzengespräch, sei es in vielfältigen anderen Foren, für meinen Bereich seit Jahrzehnten im Gespräch Kirche–Wirtschaft in Hessen. Da Sie nun aber zwei Bischöfe um Vorträge gebeten haben – ich freue mich, dass auch der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Huber, Dialogpartner des heutigen Tages ist – müssen Sie es hinnehmen, dass ich Ihnen auch einige dieser geforderten Orientierungen aufzeige, ganz im Lichte der Frage: Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?

**I** Kirche und Wirtschaft sind zwei voneinander verschiedene Bereiche.  
**W**irtschaft erscheint heute wie alle anderen Sachbereiche der Gesellschaft als ein »System«, das letztlich nur sich selbst steuern kann.

[1] Dazu und zum ganzen Thema vgl. K. Lehmann, *Notwendiger Wandel der Sozialen Marktwirtschaft? Ludwig-Erhard-Lectures 2002, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Berlin 2002, 12-36.*

Die Wirtschaft hängt zunehmend von sich selbst ab. Die Systemtheorie, besonders in der Fassung von N. Luhmann [2], hat diese Struktur auf den Begriff gebracht. In diesem Konzept, das viele Elemente der heutigen Realität auf den Nenner bringt, ist es jedoch recht schwierig, die jeweiligen Teilsysteme miteinander in Kommunikation und Dialog zu bringen. Unter dieser Voraussetzung gibt es z. B. für Luhmann trotz der universalen Relevanz der Ethik kein »gesellschaftseinheitliches Moralprogramm« [3] mehr. So kann das Verhältnis zwischen den Teilsystemen rasch von Desinteresse und Gleichgültigkeit geprägt sein. Dies wäre das Ende des Dialogs.

Gehen wir praktisch und nüchtern an die Sache. Wir gehen gewiss davon aus, dass sich ein Unternehmen nicht so führen lässt wie eine Gemeinschaft von Gläubigen. »Mit Glaube, Liebe und Hoffnung allein«, so werden Sie vielleicht denken, »wird mein Unternehmen am Markt auf Dauer nicht erfolgreich bestehen können.« Das ist sicher richtig. Als Bischof und mit Blick auf die Kirche zeigt sich mir ein etwas anderes Bild. Die Gemeinschaft der Gläubigen in der Nachfolge Jesu müsste und könnte auch ohne unternehmerische oder behördliche Strukturen bestehen. Dies hat die Geschichte gezeigt. Auch in Zeiten ökonomischer Herausforderungen ist die Lage der Kirche deshalb niemals hoffnungslos. Sie verdankt sich der Einsetzung durch Jesus Christus und hat ihre irdische Gestalt zuerst in der Gemeinschaft aller Gläubigen. Auf der anderen Seite aber verfügt die Kirche – in Deutschland zumal – über vielfältige Institutionen und unternehmensähnliche Kapazitäten. Damit sind der Kirche Instrumente an die Hand gegeben, mit denen sie viel Gutes bewirkt hat und weiter bewirken kann. Um deren Funktionieren auch in Zukunft gewährleisten zu können, ist es notwendig, auch mit haushälterischem und unternehmerischem Verstand den wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Deshalb will ich mich gerne darauf einlassen, die Kirche einmal aus einer unternehmerischen Perspektive zu betrachten.

Die Organisatoren dieser Tagung haben mich um einen Vortrag zu der Frage gebeten: »Was kann die Kirche von der Wirtschaft lernen?«. Ihr Vorschlag lautet: »Profilschärfung und Konzentration auf das Kerngeschäft«. Sicher haben die Verantwortlichen hierbei die Schwierigkeiten einzelner Bistümer vor Augen gehabt, mit dauerhaft und zum Teil dramatisch sinkendem Kirchensteueraufkommen auszukommen und mit Haushaltsdefiziten fertig zu werden. In der Tat fragen sich die Verantwortlichen

[2] Vgl. *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt 1984 u. ö.; *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt 1994 u. ö.; G. Kneer/A. Nassehi, *Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme = UTB 1751*, München 1993; J. Dieckmann, *Luhmann-Lehrbuch = UTB 2486*, München 2004, 152 ff., 158 ff.; 284 ff.; 293 f.

[3] Kneer/Nassehi, *Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*, 183.

in den Diözesen: Wie können wir den notwendigen Umbau gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch gegenüber den Gemeindemitgliedern verantwortlich gestalten und darüber hinaus die unverzichtbaren Aufgaben der Kirche weiterhin erfüllen?

Dabei ist die Erosion der finanziellen Basis der Diözesen nur ein Indikator für ein zunehmend schwieriger werdendes Umfeld, in dem sich die Kirchen bewegen: Nur noch zwei Drittel der deutschen Bevölkerung bezeichnen sich aktuellen Umfragen zufolge als »eher religiös« oder »religiös«. Die rituelle Praxis auch der Katholiken lässt messbar nach, die Glaubensvermittlung zum Beispiel in den Familien verliert an Bedeutung, womit die religiöse Bindung insgesamt schwächer werden wird. [4] Und schließlich müssen wir sehen, dass der Institution Kirche manchen Umfragen zufolge zunehmend weniger Vertrauen entgegengebracht wird. [5] Es gibt freilich auch Gegeninstanzen dazu. Die Lage ist ambivalent.

Dieser Wahrnehmung stehen nämlich zweifellos auch Beobachtungen gegenüber, aus denen wir Hoffnung schöpfen dürfen. In der Sprache der Wirtschaft dürfte man feststellen: Es gibt »Potentiale«. Rund 26 Millionen Menschen gehören der katholischen Kirche in Deutschland an. Wir haben eine große Zahl ehrenamtlich engagierter Kirchenmitglieder und viele ausgezeichnete und überaus leistungswillige und leistungsfähige hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Kirche erfreut sich in vielem einer sehr positiven Anerkennung und Wertschätzung in der öffentlichen Meinung, insbesondere mit Blick auf ihr soziales Engagement. [6] Wir sind, unternehmerisch gesprochen, »in der Fläche präsent«, d. h. mit unseren Gemeinden und Einrichtungen auch in entlegeneren Regionen unseres Landes vor Ort und in den lokalen Zusammenhängen verwurzelt. Auch heute noch verfügen wir über eine relativ »hohe Mobilisierungskraft«, denken Sie – bei allem Rückgang – an die vier Millionen Besucher des Gottesdienstes an jedem Sonntag und an die große Spendenbereitschaft. Und wir haben ein ansprechendes »Angebot«: die befreiende Botschaft des Jesus von Nazareth, von der wir hoffen, dass sich auch junge Menschen wieder mehr ansprechen lassen. Der Weltjugendtag 2005 in Deutschland kann dafür eine gute Gelegenheit werden.

Die Verantwortlichen in der Kirche sind gut beraten, sich über die Herausforderungen und Chancen, die sich ihnen stellen, klar zu werden. Würde nicht auch ein guter Unternehmer sich fragen: Welche Probleme in

[4] Vgl. hierzu *Ergebnisse der Umfrage zum Thema »Religion und Politik« im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung*, abgedruckt in: B. Vogel (Hg.), *Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage*, Freiburg 2003, 197-414.

[5] *Projektbericht »Perspektive Deutschland 2002«*, 55 ff.

[6] *Religion und Politik*, 197-414.

meinem Unternehmen muss ich lösen, damit ich weiter auf dem Markt bestehen kann? Und welche Potentiale, welche Marktchancen habe ich? Deshalb ist der erste Schritt, der getan werden muss, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, die Herausforderungen der Kirche auch tatsächlich anzugehen und einer zukunftsfähigen Lösung zuzuführen. Dafür bedarf es keiner aufgeregter Sonderaktionen. Diese betrifft alle Ebenen des kirchlichen Lebens und Seins, besonders im Alltag. Dazu gehört – zudem im Vergleich mit einem Unternehmen –, die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu festigen oder gar wieder herzustellen. Auch in der Kirche kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Deshalb muss eine sorgfältige, an pastoralen Notwendigkeiten ebenso wie an finanziellen Möglichkeiten orientierte Neuausrichtung der kirchlichen Institutionen, Einrichtungen und Verbände vorgenommen werden. Dies betrifft die missionarische Dimension, aber auch die wirtschaftliche. Vielerorts wird bereits mit Nachdruck daran gearbeitet, auch unter Zuhilfenahme unternehmerischen Sachverständs von Außen. [7]

Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Einnahmeseite der kirchlichen Haushalte grundsätzlich verbessern wird. Im Gegenteil, der sich in Europa fortsetzende Trend der Finanz- und Steuerpolitik, die Gewichte zugunsten der indirekten Besteuerung zu verschieben, wird die Ausgangsbasis der Kirchensteuer, das Einkommenssteueraufkommen, weiter reduzieren. Deshalb bleibt uns vor allem die Aufgabe, an der Ausgabenseite wesentliche, zum Teil schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Die unumgänglichen Veränderungen vor allem im Bereich der Personalkosten verlangen aber gerade von der Kirche größtmögliche Sensibilität gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben: Hier müssen wir deutlich sensibler agieren, als manches Wirtschaftsunternehmen es bislang tat. Eine Kultur des kurzatmigen »hire and fire« wird nie die »Unternehmenskultur« des kirchlichen Personalwesens sein können. Denn in ihren seelsorgerischen und diakonischen Diensten ist die Kirche in besonderer Weise auf die Einsatzbereitschaft und die Qualifikation ihrer Mitarbeiter sowie ehrenamtlichen Helfer angewiesen. Deren persönliches Glaubenszeugnis ebenso wie das Zeugnis der Kirche insgesamt dürfen nicht verdunkelt

[7] Für die wirtschaftliche Aufsicht über die sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft ist in diesem Jahr eine Handreichung der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz und des Verbandes der Diözesen Deutschlands veröffentlicht worden, die als Beispiel eines verstärkten wirtschaftlich verantwortlichen Denkens und Handelns in der Kirche gesehen werden kann (»Soziale Einrichtungen in katholischer Trägerschaft und wirtschaftliche Aufsicht. Eine Handreichung des Verbandes der Diözesen Deutschlands und der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz« = Die deutschen Bischöfe, Arbeitshilfe Nr. 182, 2004.).

werden durch einen inhumanen Umgang der Kirche mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Schließlich kommt auf die Kirche in stärkerem Maße als bisher zu, im Wettbewerb zu bestehen. Dies gilt für die Kirche als Vermittlerin des Glaubens, die nicht als einzige ein sinnstiftendes »Angebot« vorhält. Dies gilt für die vielen religiösen oder auch pseudoreligiösen Offerten. In stärkerem Wettbewerb stehen aber auch die kirchlichen Einrichtungen, insbesondere des sozialen Sektors, in dem eine Vielfalt von Anbietern tätig geworden ist und in Konkurrenz zu den kirchlichen Krankenhäusern, Pflegediensten und anderen Einrichtungen tritt. Natürlich stellt diese Wettbewerbssituation eine Herausforderung dar, doch sie birgt auch Chancen. Wettbewerb und Marktmechanismen veranlassen die Teilnehmer, die Interessen der Menschen überhaupt zu berücksichtigen. Für die sozialen Einrichtungen birgt der zunehmende Wettbewerb daher die Option, in ihrer Leistungserbringung dem Nachfrager noch stärker gerecht zu werden als bisher. Darüber hinaus kann er die Bereitschaft stärken, nicht mehr notwendige Angebote auch tatsächlich einzustellen, aber genauso, neue Bedürfnisse und Bedürftigkeiten zu erkennen.

Am Wettbewerbsprinzip, das – nach Walter Eucken – ein konstitutives Element der Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist, lässt sich verdeutlichen, wie notwendig die Einbettung wirtschaftlicher Verfahren und Handlungsweisen in ethische Zusammenhänge ist. Es ist bereits angeklungen, welche Chancen auch für die Kirche und ihre Einrichtungen mit dem Wettbewerb verbunden sein können. Dies deckt sich mit der Forderung der katholischen Soziallehre nach Ermöglichung des freien Wettbewerbs durch staatliche Ordnungspolitik und ihrer Betonung der positiven Auswirkungen des Wettbewerbs – sie warnt gar vor seiner Eliminierung. [8] Wettbewerb wird verstanden als Innovationsmotor und Entmachtungsinstrument, als Antrieb, der die Teilnehmer veranlasst, die Interessen anderer zu berücksichtigen. Wettbewerb kann positive ethische Konsequenzen haben, weil er die Eigeninitiative, die Wahl- und Entscheidungsfreiheit sowie die Selbstverantwortung des Einzelnen stärkt, eine gerechte Preisbindung ermöglicht und den Strukturwandel fördert. Im Gemeinsamen Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland vom Jahr 1997 heißt es daher auch:

[8] In der Enzyklika »Mater et Magistra« (MM Nr. 57) heißt es hierzu: »Wo die Privatinitiative des Einzelnen fehlt, herrscht politische Tyrannei; da geraten auch manche Wirtschaftsbereiche ins Stocken; da fehlt es an tausenderlei Verbrauchsgütern und Diensten, die zu erlangen in besonderer Weise die Schaffensfreude und den Fleiß des Einzelnen auslöst und anstachelt.«

»Kein anderes gesellschaftliches Ordnungsprinzip vermag derzeit besser den ökonomischen Ressourceneinsatz und die Befriedigung der Konsumwünsche zu befriedigen als ein funktionierender Wettbewerb.« (Nr. 142) Wir wissen aber auch, dass ein seriöser Wettbewerb ungemein zerstörerisch werden kann.

Neben die Ordnung des Wettbewerbs muss nach Maßgabe der Katholischen Soziallehre weiterhin der soziale Ausgleich treten. Der Wettbewerb ist nun einmal blind für Menschen, die am Marktgeschehen nicht teilnehmen oder dort aufgrund ihrer nur geringen Kaufkraft in einem Maße vom Marktgeschehen ausgeschlossen sind, dass sie ihre elementaren Grundbedürfnisse auf diesem Weg nicht decken können. Deshalb muss die Marktwirtschaft grundlegend sozial ausgerichtet sein, damit in ihr nicht nur dem Ideal der Freiheit, sondern auch dem der sozialen Gerechtigkeit Genüge getan wird. [9]

Mit der Päpstlichen Enzyklika »Centesimus annus«, veröffentlicht 1991, ist zwischen der Sozialen Marktwirtschaft und der katholischen Soziallehre eine entscheidende Annäherung und geradezu eine Art von Versöhnung erreicht worden. [10] In der Enzyklika wird ein Wirtschaftssystem bejaht, das die grundlegende und positive Rolle des Marktes, des Privateigentums, der freien Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt. [11] Der Markt – so die Enzyklika – »scheint das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse zu sein.« Die Enzyklika würdigt über alle bisherigen Ansätze hinaus die fundamentale Rolle des Unternehmers neben Kapital und Arbeit. [12] Und sie stellt im Zusammenhang der Betonung des Subsidiaritätsprinzips in Richtung eines überdehnten Wohlfahrtsstaates sogar fest: »Der Wohlfahrtsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen der Staatsapparate aus, die mehr von bürokratischer Logik als von dem Bemühen beherrscht werden, den Empfängern zu dienen: Hand in Hand geht damit eine ungeheure Ausgabensteigerung.« [13]

In diesen und anderen Aussagen können sich Kirche und Wirtschaft gleichermaßen wiederfinden. Sie drücken ein gemeinsames Verständnis

---

[9] Dazu genauer K. Lehmann, *Notwendiger Wandel der Sozialen Marktwirtschaft?*, 18 ff.; 21 ff.

[10] Vgl. hierzu aus einer ordnungspolitischen Perspektive M. Meyer, *Kirchen und soziale Marktwirtschaft*, Berlin 2003.

[11] Vgl. Enzyklika »Centesimus annus« vom 1. Mai 1991 = *Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls* 101, Bonn 1991, Nr. 32-35; 42.

[12] Vgl. dazu ausführlicher K. Lehmann, *Glauben bezeugen – Gesellschaft gestalten*, Freiburg i. Br. 1993, 422-436.

davon aus, was einer guten Wirtschaftsordnung entspricht. Diese Nähe mag manche überraschen. Sie ist aber nicht mit einer einseitigen Bewegung der Kirche auf wirtschaftsliberale Denkweisen hin zu erklären. Zu einem wesentlichen Teil liegt das gemeinsame Verständnis einer guten Wirtschaftsordnung – das ist die Soziale Marktwirtschaft – darin begründet, dass ihre Väter mehr waren als nur Ordnungspolitiker; ein großer Teil von ihnen hat sich mit den geistigen Grundlagen von Wirtschaftsordnungen beschäftigt. [14]

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben nicht nur die ethische Dimension wirtschaftlichen Handelns deutlicher herausgestellt, sondern sie wussten auch um das sich gegenseitig bedingende Geflecht von Sozialer Marktwirtschaft und Demokratie, von individueller Anstrengung und sozialer Verantwortung, von Privateigentum und seiner Sozialpflichtigkeit. Die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft setzten hier von ihrer Kultur und Humanität her Verhaltensweisen voraus, die man gewiss nicht als »Sekundärtugenden« relativieren darf. Es sind dies Voraussetzungen, die heute relativ wenig thematisiert werden. Im Umkreis der Marktwirtschaft braucht es auch vernünftige Lebensplanung, Familiensinn, feste moralische Bindung, mehr Selbstverantwortung, Achten auf die Rangordnung der Werte und Subsidiarität mit der notwendigen Solidarität. Dies lässt sich leicht aus den Schriften der Gründerväter ablesen. [15]

III. Das gemeinsame Verständnis einer guten Wirtschaftsordnung ist eine ausgezeichnete Grundlage für den Dialog von Kirche und Wirtschaft. In der Tat nützt es der Kirche in ihrer gegenwärtigen Situation, sich selbst auch einmal unter dem Blickwinkel unternehmerischer Verantwortung zu durchleuchten. Abschließend möchte ich gerne konkretisieren, warum dieser Dialog auch für die Wirtschaft ertragreich sein kann.

Die Soziale Marktwirtschaft steht heute – dies wäre ein erster Hinweis – vor gewichtigen Herausforderungen. Die entscheidende Bewährungsprobe ist zweifellos die Globalisierung in der Wirtschaft. [16] Ich bin davon überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft, wenn sie ihre

---

[13] »Centesimus annus«, Nr. 48.

[14] Vgl. *Notwendiger Wandel der Sozialen Marktwirtschaft?*, 15 ff.; 20 ff.; 24 ff.

[15] Vgl. *ebd.*, 25-33.

[16] Vgl. meinen Vortrag »Globalisierung und Soziale Marktwirtschaft. Vortrag beim Unternehmertag 2000 der Landesvereinigung Rheinland-Pfälzischer Unternehmerverbände« am 23. Mai 2000 in Mainz, auszugsweise mehrfach gedruckt, vgl. »Noch fehlen Regeln«, in: *Rheinischer Merkur*, 13. April 2001, Nr. 15, 11.

ursprünglichen ethischen Grundlagen, die gleichsam zu ihrer Geburtsstunde gehören, reaktiviert, auch dieses Phänomen bewältigen kann. Aber gewiss ist dies kein »Automatismus«, sondern verlangt besonders in der internationalen Ordnung des Welthandels und anderer politisch-wirtschaftlicher Beziehungen einen hohen Einsatz für das Wohl aller Menschen.

Ich bin überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft, wie sie sich entwickelt hat, der Erneuerung bedarf. [17] Ich bin aber ebenso überzeugt, dass die ökonomischen und finanziellen Aspekte bei aller Vordringlichkeit für ein wirksames Gelingen der Reform nicht völlig isoliert werden dürfen von einer sehr viel weiteren Erneuerung tragender ethisch-spiritueller und gesellschaftlich-politischer Grundwerte. Dabei will ich keinen Zweifel lassen, dass es auch Reformen geben muss im Blick auf die Wandlungen an den Börsen, die Rolle der internationalen Finanzmärkte und eine einseitige, auf Kurzfristigkeit angelegte »Shareholder-Value-Mentalität«. Echtes Kopfzerbrechen bereitet mir beispielsweise die Frage, wie es zu beurteilen ist, wenn vor allem in Kapitalgesellschaften, die an der Börse – dem US-amerikanischen Muster folgend – zunehmend nach der Güte der Quartalsberichte beurteilt werden, ohne Rücksicht auf die Belange der Mitarbeiter und möglicherweise auch ohne Rücksicht auf die längerfristigen Marktaussichten des Unternehmens selbst teilweise zu spät und dann auch kopflos rationalisiert und umstrukturiert oder, wenn Unternehmen verkauft, zerschlagen und neu zusammengesetzt werden. Ich frage mich: Steht mit dem Blick allein auf Quartalszahlen das richtige Bewertungskriterium zur Verfügung? Wie können die Interessen der Mitarbeiter in diesen Prozessen organisiert und sichergestellt werden? Nur wenn der Reformeifer sich auch auf Fehlentwicklungen in diesen und anderen Bereichen von Unternehmenssteuerung und Globalisierung bezieht, die ich gewiss nicht verteufele, ist eine nachhaltige Erneuerung möglich. Dazu ist auch der Beitrag der Wirtschaft notwendig. Denn in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfüllt der Unternehmer nicht nur

---

[17] So plädieren die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (Nr. 28), für eine langfristig angelegte Reformpolitik in dem Impulstext »Das Soziale neu denken«, Bonn 2003. Weitere Einzelheiten dazu bei H. Tietmeyer, *Besinnung auf die Soziale Marktwirtschaft*, 7 – 16; ders., *Eigeninitiative und Unternehmergeist*, Vortragsreihe des Instituts der Deutschen Wirtschaft Nr. 43, Köln 2000; ders., *Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Grundlage für eine stabile Währung*. Vortrag in der Landeszentralbank München am 15.10.2001 (Manuskript, 12 Seiten); ders., *Soziale Marktwirtschaft – Modell für die Globalisierung?* Vortrag anlässlich der Bundestagung des BKU am 19.10.2001 in Berlin (Manuskript, 13 Seiten); O. Schlecht, »Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft«, Schriftenreihe »Zukunft der Marktwirtschaft« der Ludwig-Erhard-Stiftung, Band 1, Bonn 2001.

eine unverzichtbare wirtschaftliche Funktion. Er ist zugleich Träger ethischer Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung dieser Ordnung. [18] Deshalb ermuntere ich Sie, an den ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft weiterzuarbeiten. Dies wäre ein zentraler Bestandteil des Dialogs von Kirche und Wirtschaft.

Einen zweiten Gedanken möchte ich aus kirchlicher Perspektive für Ihre unternehmerische Tätigkeit knapp ausführen. Unternehmer – Unternehmensmanager in besonderer Weise – sind vielfach mit einem negativen Image belegt. Moralisches Handeln wird Ihnen wohl weniger unterstellt, eher ein allein an kurzfristigen Verwertungsinteressen orientiertes Denken und Handeln. Ungeachtet dessen, dass Verantwortlichkeiten klar benannt und Fehlentscheidungen aufgedeckt werden müssen – Unternehmensnachrichten der letzten Wochen haben dies noch einmal deutlich vor Augen geführt –, müssen solch klischeehafte Verzerrungen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Viele Unternehmer, gerade im breiten Mittelstand, sorgen sich um das Wohl ihrer Mitarbeiter, durch ihren menschlichen Umgang, aber auch durch ihren täglichen Kampf um den Erfolg ihres Unternehmens. Ich bin dankbar für die Unternehmer, die um der Menschen Willen so handeln. Und es sind sehr viele.

Es darf nicht übersehen werden, dass dem verantwortlichen Handeln des Unternehmers für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine einseitige Kosten-Nutzen-Relation zugrunde liegt, dergestalt, dass nur der Unternehmer investiert und einzig der Arbeitnehmer profitiert. Es ist überdeutlich, dass zum Beispiel das Fördern von Wissen, Qualifikation und sozialer Kompetenz der Mitarbeiter nicht allein diesen zugute kommt, sondern auch ein entscheidender Vorteil im Wettbewerb um Ideen, Innovationen und Strategien aus unternehmerischer Sicht ist. Investitionen in die Aus- und Weiterbildung und die lebensbegleitende Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten daher verstärkt werden. Ein weiteres Beispiel hierfür ist der notwendige Ausgleich zwischen der beruflichen Tätigkeit und der familiären Verantwortung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hierfür müssen in den Betrieben geeignete Regelungen gefunden werden. Der unternehmerische Vorteil solcher Regelungen liegt nicht nur im nachfragerrelevanten demographischen Effekt, sondern ist auch auf der betrieblichen Ebene messbar, wenn qualifizierte Mitarbeiter auch in Zeiten besonderer familiärer Herausforderungen zumindest teilweise im Betrieb integriert bleiben. Ich bin überzeugt, dass sich eine familienfreundliche Unternehmenskultur für das innerbetriebliche Klima und den unternehmerischen Ertrag positiv auswirken. In all diesen Bereichen ist moralisches Handeln nicht nur wertvoll, sondern ertragreich.

---

[18] Vgl. hierzu »Glauben bezeugen – Gesellschaft gestalten«, Freiburg i. Br. 1993, 422-436.

**N** Wenn es manchmal so aussieht, als ob es zwischen den einzelnen Sachgebieten in unserer Gesellschaft nur noch jeweils reine Autonomie und darum auch regelrechte Kommunikationsbarrieren geben würde, so widerlegt dies unsere Sprache. Gerade die Alltagssprache, besonders auch in ihrer gehobenen Fassung, verbindet. Ich möchte dies am Beispiel der Hl. Schrift aufzeigen.

So hebt Jesus gewisse Züge des Kaufmanns und vergleichbarer Berufe hervor, die für das Mensch- und Christsein vorbildlich seien. Es sind – dies muss zugegeben werden – besonders jene Gleichnisse [19], die uns immer etwas Schwierigkeiten bereiten. So wird z. B. der »betrügerische Verwalter«, der die Summen der Schuldscheine heruntersetzt, gelobt, weil er sich in seiner Notsituation zwar skrupellos, aber entschlossen, klug und zielbewusst die Zukunft sichert. (Vgl. Lk 16,1 ff.) Der schelmenhafte Schurke wird wegen seiner stark entwickelten praktischen Intelligenz erwähnt, da er einen ausgeprägten Erfindungsgeist für Erfolg »um jeden Preis« hat. Er riskiert alles und setzt auf eine Karte, während andere nur am Konto »Sicherheit« hängen. Nur diese Eigenschaft wird zum Vergleich herangezogen (vgl. auch Lk 12,41 ff. und 19,12 ff.).

Es ist vor allem auch die Rolle des »Verwalters«, der besonders in den Gleichnisreden eine große Rolle spielt (vgl. außer Lk 16,1-8 auch 12,42-44). Das griechische Wort für Verwalter heißt »oikonomos«, also Ökonom. Paulus nennt einen Christen, der »Stadtkämmerer« (oiko-nomos) von Korinth ist (vgl. Röm 16,23). Paulus selbst bezeichnet sich als »Verwalter (oiko-nomos) der Geheimnisse Gottes« (1 Kor 4,1) und fügt hinzu, dass vom Verwalter Treue und Zuverlässigkeit (V. 2) verlangt werden. Es geht dabei um die Kenntnis des göttlichen Heilsratschlusses in der Geschichte (vgl. 1 Kor 2,7; 13,2; 14,2; 15,51, dazu auch verdeutlichende Aussagen in Eph 3,1-7 und Kol 1,24-29).

Die Christen sollten solche Reaktionsweisen von den klugen Weltkindern lernen – freilich nicht indem sie die erwähnten Betrugspraktiken selbst kopieren, sondern indem sie in ihrer eigenen Situation eine analoge Geistesgegenwart und Risikobereitschaft an den Tag legen. Dabei muss man immer wieder von der heutigen Erforschung der Gleichnisse im Kopf

---

[19] Zur Gleichnisauslegung vgl. ganz besonders J. Jeremias, *Die Gleichnisse Jesu*, 10. Aufl., Göttingen 1984; H. Weder, *Die Gleichnisse Jesu als Metaphern*, 4. Aufl., Göttingen 1990; W. Harnisch (Hg.), *Gleichnisse Jesu*, Darmstadt 1982; ders., *Die Gleichniserzählungen Jesu*, Göttingen 1985; E. Linnemann, *Die Gleichnisse Jesu*, 7. Aufl., Göttingen 1978; D. Via, *Die Gleichnisse Jesu*, München 1970; R. Dithmar, *Fabeln, Parabeln und Gleichnisse*, Paderborn 1995; C. Westermann, *Vergleiche und Gleichnisse im Alten Testament*, Stuttgart 1984; F. Herrenbrück, *Jesus und die Zöllner*, Tübingen 1990; K. Erlemann, *Gleichnisauslegung*, Tübingen 1999.

behalten, dass man nie ein Gleichnis in allen Details übertragen und übernehmen kann. Selbstverständlich wird nicht das betrügerische Verhalten gelobt und anerkannt. Ein Gleichnis hat nur eine ganz bestimmte, zugespitzte Bedeutung im Sinne einer »Pointe«: nämlich so klug und entschlossen, risikobewusst und wendig zu entscheiden. Nichts anderes meint auch der hl. Paulus, wenn es ihm darum geht, die Gunst der Stunde (»kairos«) zu nützen: »Nutzt die Zeit!« (Kol 4,5, vgl. auch Eph 5,16; Gal 3,13; 4,5). Immer kommt es dabei freilich darauf an, die Geister zu unterscheiden. Eine wichtige Anweisung des hl. Paulus heißt in diesem Zusammenhang: »Prüft alles, und behaltet das Gute!« (1 Thess 5,21) mit dem Zusatz: »Meidet das Böse in jeder Gestalt« (5,22).

Es gibt, gleichsam zusammenfassend, ein aufschlussreiches, unbekanntes Jesuswort [20], das nicht im Neuen Testament vorkommt, aber als von Jesus stammender Ausspruch in der Alten Kirche sehr oft zitiert und hoch anerkannt wird. Jesus sagt zu den Jüngern und Christen »Werdet tüchtige Wechsler!« Auch hier ist eine Pointe des Vergleichs wichtig, nicht ein ganzer Vergleich: Wir sollten natürlich nicht alle diesen heute für uns kaum mehr vertrauten Beruf ausüben, sondern wir könnten von den Wechslern lernen, weil sie im Nu die verschiedenen Münzen zu unterscheiden wissen und einen scharfen Blick zur Entlarvung falscher Münzen haben.

Jesus hat seiner Jünger Verhalten immer wieder symbolisch im Blick auf verschiedene Berufe und ihre Motive plausibel gemacht; er zieht z. B. den Hirten, Arzt, Lehrer, Boten, Hausherrn, Diener, Fischer, Baumeister, Erntearbeiter, Richter und König zum Vergleich heran. Aber auch der Kaufmann, Wechsler und Verwalter, also damalige »Unternehmer« treten mit ganz bestimmten Fähigkeiten ihres Berufes positiv und beispielhaft in den Horizont von Jesu Botschaft. Warum sollte darum nicht auch die heutige Kirche etwas von der Kraft der schöpferischen Initiative und von der praktischen Geistesgegenwart dieser Berufe lernen – ohne sich dabei hurtig der »Welt« anzupassen?

Dies kann zeigen, wie fruchtbar auch die Kirche hier von der Wirtschaft lernen kann, zugleich aber auch die Geister zu unterscheiden lehrt. Allein schon wegen dieses für beide, Wirtschaft und Kirche, notwendigen Prozesses braucht es das Gespräch zwischen beiden. ■

---

[20] Vgl. dazu genauer J. Jeremias, *Unbekannte Jesusworte, unveränderter Nachdruck der 3. völlig neu bearbeiteten Auflage*, Gütersloh 1963, 4. Aufl. 1965, 95 ff.

**DIE KIRCHEN ALS SOZIALER  
DIENSTLEISTER  
»ZWISCHEN SOZIALPOLITISCHEM  
REFORMDRUCK UND DEM ANSPRUCH  
CHRISTLICHER NÄCHSTENLIEBE«**

**BISCHOF DR. WOLFGANG HUBER,**  
Vorsitzender des Rats der  
Evangelischen Kirche in Deutschland



Ist die Kirche ein sozialer Dienstleister? Ich habe dieses Thema für meinen heutigen Vortrag nicht selbst gewählt. Aber ich halte es für hilfreich, das Handeln der Kirche einmal an einem derartigen – zunächst säkular klingenden Kriterium zu messen. Erfüllt die Kirche die Erwartungen, die an sie als einen sozialen Dienstleister gestellt werden? Kann sie diese Erwartungen erfüllen? Was lernt sie dabei von der Wirtschaft? Und gibt es Einsichten, die sie an die Wirtschaft weitergeben kann?

Ohne Zweifel haben sich die Bedingungen für das Gespräch über solche Fragen verbessert. Wir sind in dieser Hinsicht weiter als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Ich bin dankbar für diesen Prozess hin zu einem besseren Dialog, zu einem offeneren Dialog, in dem auch kritische Fragen wechselseitig mit größter Aufgeschlossenheit gehört werden können. Und dass dieser Prozess in den letzten Jahren beherzt vorangetrieben worden ist. Und es hat mich beim Zuhören beschäftigt, dass ich im Logo der BDA ein Kreuz entdeckt habe. Über die Absichtlichkeit mit der das geschehen ist, mag man nachdenken. Die Vorstellung, dass das Kreuz von der BDA durch dieses Logo vereinnahmt wird, liegt mir fern, – aber dass die Mahnung und Ermutigung des Kreuzes auch für unternehmerisches Handeln gilt, dass ist durch dieses Logo eindrücklich unter Beweis gestellt. Ich will auch Herrn Präsidenten Hundt, der aus zwingenden Gründen nicht mehr unter uns sein kann, persönlich für alle Initiativen danken, die er mit anderen in dieser Richtung unternommen hat. Und ich freue mich darüber, dass ich den kirchlichen Part in diesem Dialog am heutigen Tag mit Kardinal Lehman gemeinsam wahrnehmen kann. Denn wir sind in diesem Dialog in gemeinsamer Richtung engagiert, wie unser gemeinsames Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 deutlich gemacht hat.

Aber handelt es sich eigentlich wirklich um eine Beschreibung von außen, wenn wir – wie der Titel meines Vortrags ankündigt – Kirche als sozialen Dienstleister betrachten? Geht es dabei wirklich um eine

Zuschreibung, die erst unter den Bedingungen der Moderne der so genannten Dienstleistungsgesellschaft möglich geworden ist? Die heute so geläufige Redewendung von der sozialen Dienstleistung hat – schaut man genauer hin – ohne Zweifel einen christlichen Ursprung. Aber kaum jemand erinnert sich an diesen Ursprung, wenn heute von Dienstleistung die Rede ist. Heute ist damit jedes erfolgreiche Agieren im dritten Sektor gemeint. Dass damit ursprünglich der konkrete Dienst am Nächsten gemeint ist, tritt kaum noch in den Blick. Deshalb mag es gut sein, sich an den Ursprung der Vorstellung von der Kirche als sozialem Dienstleister zu erinnern.

|| • »Es war ein Mensch, der ging von Jerusalem hinab nach Jericho und fiel unter die Räuber; die zogen ihn aus und schlugen ihn und machten sich davon und ließen ihn halbtot liegen. Es traf sich aber, dass ein Priester dieselbe Straße hinabzog; und als er ihn sah, ging er vorüber. Desgleichen auch ein Levit: als er zu der Stelle kam und ihn sah, ging er vorüber. Ein Samariter aber, der auf der Reise war, kam dahin; und als er ihn sah, jammerte es ihn; und er ging zu ihm, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie ihm, hob ihn auf sein Tier und brachte ihn in eine Herberge und pflegte ihn. Am nächsten Tag zog er zwei Silbergroschen heraus, gab sie dem Wirt und sprach: Pflege ihn; und wenn du mehr aus gibst, will ich dir's bezahlen, wenn ich wiederkomme.«

»Der barmherzige Samariter« – ein Gleichnis, das Weltgeschichte gemacht hat im vollen Wortlaut in weniger als eineinhalb Minuten vorgelesen. Dieses Gleichnis ist nicht nur ein gutes Beispiel für die Prägekraft von Bibel und Christentum in Geschichte und Gegenwart. Es ist nach wie vor ein hilfreicher Schlüssel für die Bewertung aktueller Situationen und für den Zugang zu dem richtigen oder zumindest dem besseren unter mehreren sich bietenden Wegen. Und es ist zum Urbild helfender Zuwendung zum Nächsten geworden. Seine Wirkungsgeschichte reicht bis dahin, dass die unterlassene Hilfeleistung zu einem Straftatbestand geworden ist. Wenn wir die Bereitschaft zur Dienstleistung von Christen und von der Kirche erwarten, dann haben wir bewusst oder unbewusst dieses Gleichnis im Sinn.

Doch mit welcher seiner Figuren wollen wir uns identifizieren: mit dem Priester oder dem Leviten, die untätig vorüber gehen? Mit dem Samariter, der das Notwendige tut? Oder mit dem Wirt, der sich seine ja nicht unwichtige Hilfe angemessen bezahlen lässt? Mit dem, der unter die Räuber fiel? Oder mit den Räubern selbst? Abwegig ist keine von diesen Alternativen. So hat es beispielsweise innerhalb der letzten Wochen eine Diskussion darüber gegeben, ob unsere Diakonie nicht allzu sehr zum Wirt geworden sei, der sich seine Dienste bezahlen lässt, und nicht mehr so

viel vom Samariter hat, der zur selbstlosen Hilfe bereit ist. Solche selbstlose, Eigenes aufgebende Hilfe bräuchten wir mehr, heißt es dann, wenn die Kultur der Barmherzigkeit in unserer Gesellschaft noch eine Chance haben soll. Unternehmer und Unternehmerinnen allerdings, das will ich hinzufügen, haben wirkliche Wahlmöglichkeiten tatsächlich nur im Bereich des Samariters und des Wirtes. Der Samariter, wenn ich das hinzufügen darf, unterscheidet sich ja vom Priester und Leviten dadurch, dass er nicht darauf angewiesen ist, zu Fuß zu gehen. Er kommt auf einem Reittier, er ist ein wohlhabender Unternehmer auf Geschäftsreise. Er hat Öl und Wein dabei, um die Wunde zu versorgen. Er hat die Silbergroschen, die er dem Wirt geben kann. Eigentum verpflichtet, weiß der Samariter. Und statt höhnisch auf die zu Fuß gehenden Tempelbeamten zu schauen, die ihren Dienst noch rechtzeitig erreichen müssen, die kein Lasttier haben, kein Reittier haben, kein Öl, keinen Wein – vom Silbergroschen ganz zu schweigen, – statt sich auf diese Weise aus der Affäre dieses Gleichnisses zu ziehen, sollte man darauf schauen, wie es ein englischer Pilot einmal zu mir gesagt hat: Man sieht doch ganz genau, was man zu wirksamer Hilfe braucht. Good transportation, sagte er, und warb für seine Fluglinie.

|| • Aber sind Wirt und Samariter wirklich die beiden Personen, mit denen wir uns heute am ehesten identifizieren? Manche halten es für eine »deutsche Krankheit«, sich in der Rolle des Überfallenen zu fühlen und in allen anderen erst einmal zumindest potenzielle Räuber zu sehen. Dieses Gefühl, beraubt und allein gelassen zu sein, scheint bei vielen die gegenwärtige Diskussionslage zu bestimmen. Das Gefühl, dass der Wärmestrom gesellschaftlicher Solidarität versiegt, breitet sich aus. Vor allem der Staat versagt nach der Einschätzung vieler Menschen gegenüber der Aufgabe, eine verlässliche und für sie angemessene Versorgung sicher zu stellen. Mit seinem Rückzug, so heißt der Eindruck, bestimmen Konkurrenzdenken und wirtschaftliches Profitinteresse das Feld. Der Streit um die Sozialreformen, den Herr Hundt vorhin schon charakterisiert hat, ist untergründig zu einem Streit auch um die Verantwortungsverteilung zwischen Wirtschaft und Staat geworden. Es erscheint mir als unausweichlich, sich darüber nüchtern klar zu werden: Wenn gegenwärtig die Plausibilität von anstehenden Reformmaßnahmen diskutiert wird, dann geht es hintergründig auch um diese Frage einer auf Dauer tragfähigen Machtbalance zwischen Staat und Wirtschaft. Die Wirtschaft kann – davon bin ich überzeugt – diese Diskussion nur dann bestehen, wenn sie sich auf diese Frage wirklich einlässt, und an dieser Stelle auch deutlich erkennen lässt: Ihre Verantwortung geht über den eigenen Bereich hinaus. Sie zielt nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Frage, welchen Ort denn diese Wirtschaft im Gesamtgefüge der Gesellschaft hat. So sehr man Wirtschaft als ein selbststeuerndes System

betrachten mag, so sehr muss man zugleich sagen: Verantwortung in der Wirtschaft ist daran zu erkennen, dass sie auch über den eigenen Bereich hinaus wahrgenommen wird. Dafür gibt es viele Anknüpfungspunkte im wirtschaftlichen Handeln. Aber es gibt im Augenblick, – dass muss man, so finde ich, nüchtern feststellen –, nicht genug Glaubwürdigkeit für diesen Grundgedanken. Es ist eine Erwartung, die man um unserer Gesamtgesellschaft willen deutlich formulieren muss, dass dies gerade in dem schwierigen Umstellungsprozess, in dem sich unsere Gesellschaft befindet, deutlicher bewusst wird. Inhaltlich richtet sich die Frage darauf, ob die Art und Weise, in der wir auf die Erfordernisse der Globalisierung reagieren, mit den Erfordernissen der sozialen Gerechtigkeit vereinbar ist oder nicht.

Aber auch das sei in aller Deutlichkeit hinzugefügt: Wenn man soziale Gerechtigkeit als Leitprinzip bewahren will, dann darf man nicht alles und jedes unter diesen Begriff subsumieren. Wenn man den Sozialstaat zukunftsfähig erhalten will, dann muss man sich davor hüten, ihn systematisch zu überfordern. Weder soziale Gerechtigkeit noch Sozialstaat sind deshalb Leitbegriffe für ein pures Besitzstandsdenken. Aber in ihnen drückt sich die Vorstellung von einem politischen Gemeinwesen aus, das einmal auf die kurze Formel gebracht wurde: Die Stärke des Staates bemisst sich am Wohl der Schwachen. Wir dürfen unseren Blick nicht von denen abwenden, die am Straßenrand liegen. Die notwendige Leistungsorientierung darf die ebenso notwendige soziale Sensibilität nicht verkümmern lassen.

**N** Den Sozialstaat zu erhalten, ohne ihn zu überfordern – darin sehe ich die zentrale Spannung, wie sie im Vortragstitel formuliert ist: »Zwischen sozialpolitischem Reformdruck und dem Anspruch christlicher Nächstenliebe«. Das ist keine Spannung, die allein die Kirchen betrifft. Sondern es ist die Spannung, in der sich unsere Gesellschaft insgesamt befindet. Der »Reformdruck« steht dabei für alle Maßnahmen, die den Sozialstaat zukunftsfähig erhalten sollen. »Nächstenliebe« steht für das Grundbedürfnis der Menschen nach Anerkennung. An welchem Punkt der Entlastung von gewachsenen und weiter wachsenden Anforderungen nun schlägt die Reform – die notwendige Reform – in einen Angriff auf den Sozialstaat als solchen um? Man muss in beiden Richtungen fragen. Die eine heißt: Muss nicht, wer morgen sicher leben will, heute für Veränderungen kämpfen? Ein alter Slogan, der sich heute noch viel stärker bewähren muss als damals. Aber auch: Was muss heute getan werden, um auch für zukünftige Generationen ein Leben in Solidarität und Gerechtigkeit möglich zu machen?

Viele Menschen bezweifeln, dass die Belastungen im anstehenden Reformprozess gerecht verteilt sind. Und ich rate dazu, in diesen Sorgen nicht nur Ideologie und nicht nur populistische Kampagne zu sehen. Diese Sorgen sind vielmehr auch dort ernst zu nehmen, wo man ihnen im Ergebnis widerspricht. Menschen spüren zu lassen, dass ihre Sorgen und ihre Ängste wahrgenommen werden, und ihnen dann eine weiterführende Antwort zu geben, ist besser und auch langfristig wirkungsvoller, als ihnen zu unterstellen, dass sie selber nicht glauben, was sie sagen. Natürlich gibt es die auch, die selber nicht glauben, was sie sagen; daran habe ich keinen Zweifel. Auch ich habe in den letzten Wochen solche Stimmen gehört. Aber diesen Teil für das Ganze zu nehmen, wäre fahrlässig im Blick auf die Beunruhigung, die in den letzten Wochen viele Menschen beschäftigt hat. Das halte ich für einen Fehler, und ich möchte eindringlich den Rat geben, diesen Fehler nicht zu begehen.

Es gibt berechtigte Sorgen beispielsweise über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost- und Westdeutschen, und es gibt Glaubwürdigkeitslücken, deretwegen die Proteste der letzten Monate nachvollziehbar sind. Dazu gehört auch, dass die aktuellen Einschnitte mit steuerpolitischen Maßnahmen zusammentreffen, die Wohlhabende günstiger stellen als Menschen mit geringeren Einkünften und zugleich die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte weiter verschlechtern. Die von den damit in Zusammenhang stehenden Kürzungen auf der Ausgabenseite betroffenen Menschen sehen darin ein elementares Gerechtigkeitsproblem. Man sollte diesen Einwand nicht leicht nehmen. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bei einer gleichzeitigen Senkung des Spitzensteuersatzes, und wichtiger noch: bei gleichzeitiger Beibehaltung von Ausnahmetatbeständen, die dazu führen, dass es viele Möglichkeiten gibt, diesen Spitzensteuersatz nicht zu bezahlen – dieses Zusammentreffen lässt die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft weiter auseinander klaffen und schafft ein großes Akzeptanzproblem für diejenigen Schritte, von denen auch ich fest überzeugt bin, dass sie notwendig sind. Ich werbe also darum, dass gerade diejenigen, die Reformen für notwendig halten, sich mit den Einwänden, die gegen diesen Prozess erhoben werden, so auseinandersetzen, dass sie diese Notwendigkeit auch denen gegenüber glaubwürdig vertreten können, die angesichts dieser Prozesse Angst und Unruhe empfinden.

Zu einem realistischen Bild der sozialen Lage in Deutschland gehört nämlich auch die folgende Feststellung: Ganz unabhängig von der bevorstehenden Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist seit dem Jahr 2000 die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Deutschland gestiegen. Zugleich aber – und das ist mir als Hinweis an dieser Stelle noch wichtiger – zugleich wächst die Zahl der Hilfsbedürftigen, die auch in diesem Netz noch nicht zureichend aufgefangen werden. In 380 deutschen

Städten gibt es inzwischen Einrichtungen von der Art der Berliner Tafel, der Pankower Suppenküche der Franziskaner oder der Obdachlosenhilfe der Berliner Stadtmission; Tag für Tag versorgen sie eine halbe Million Menschen in Not mit Lebensmitteln. Immer häufiger stehen an diesen Orten Menschen an, die jäh aus einer bürgerlichen Existenz abgestürzt sind.

Wir brauchen einen klaren und nüchternen Blick auf diese Situation, die natürlich auch mit der Höhe und dem Umfang von Sozialhilfe und anderen Transferleistungen zu tun hat, mehr aber noch mit komplexen sozialpsychologischen Zuständen zusammenhängt, die ganzheitliche Hilfsansätze erfordern. Wer es in Deutschland geschafft hat, einen Antrag auf Arbeitslosengeld II oder auf Sozialhilfe vollständig und zutreffend auszufüllen und dann auch noch alle ihm zustehenden Leistungen pünktlich zu erhalten, der befindet sich ja wirklich nicht auf der untersten Stufe der Armut. Dort leben vielmehr Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, ihre Rechte selbständig, vollständig und erfolgreich wahrzunehmen. Mit Blick auf diese Personen, auf diese Mitbürgerinnen und Mitbürger, treten wir mit Nachdruck für den Erhalt und den Ausbau psychosozialer, diese Menschen erreichende Beratungen und Hilfen ein. Ich halte es für unzureichend, in diesem Zusammenhang nur von der Frage zu reden, welche Transferleistungen wir uns in dieser Gesellschaft noch leisten können. Wir müssen uns auch fragen, welche Zuwendung zum Menschen wir uns in dieser Gesellschaft leisten wollen, und welchen Verzicht auf Zuwendung zu den Menschen wir uns nicht leisten können. Das ist die Frage, die mich zuallererst beschäftigt.

Dies war auch einer der Gründe dafür, dass ich mich Ende September in einer Grundsatzrede nachdrücklich für eine Ausrichtung der zweifellos notwendigen und noch vor uns liegenden Reformen an der konkreten Lebenssituation der Menschen ausgesprochen habe. Die Reform – so habe ich in diesem Zusammenhang gesagt – ist um der Menschen willen da, nicht die Menschen um der Reform willen. Es ist deshalb ebenso verkehrt, eine Reform an den Menschen vorbei durchzusetzen, wie es verkehrt ist, die um der Menschen willen notwendige Reform gar nicht anzugehen. Es geht um eine transparente Reform, die von den Betroffenen mitvollzogen werden kann. Eine Reform um der Menschen willen hat dabei nicht nur die jetzigen Empfänger von Sozialtransfers im Blick und auch nicht nur die heute im Erwerbsleben Aktiven, sondern sie ist an allen Menschen, an den Lebenden wie an den Angehörigen der nächsten Generation, ausgerichtet. Und weil das Leben der Menschen und gesellschaftliche Entwicklungen nur in Grenzen vorhersehbar sind, muss eine solche Reform eine atmende Reform sein, eine, die auf neue Entwicklungen, aber auch auf die Erkenntnis von Fehlern reagieren kann.

Beteiligung und Befähigung sind bestimmende Kategorien von sozialer Gerechtigkeit. Risikoabsicherungen und Kompensationen für Notlagen treten dem ergänzend zur Seite; aber sie bilden nicht das Zentrum. Familienpolitik und Bildungspolitik werden vielmehr zu Kernthemen einer zukunftsorientierten und zukunftsfähigen Sozialpolitik. Sie stehen im Zentrum einer Reformpolitik, die diesem Namen wirklich verdient.

Dafür aber kann man nicht nur auf den Staat schauen. Als Einzelne wie als Institutionen müssen wir uns in diese Richtung bewegen und zur Verantwortung bereit sein. Dann können wir uns auch weiterhin zu der Leitidee bekennen, für die im Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997 die Formel gefunden wurde: »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«. Beteiligung und Befähigung als Kernelemente von sozialer Gerechtigkeit zu verstehen, hat zur Folge, dass die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation von Menschen und die Erweiterung der Zugangsmöglichkeit zu qualifizierter beruflicher Arbeit zentrale Grundaufgaben der Gesellschaft sind, zu denen alle ihren Beitrag zu leisten haben. Wir haben als evangelische Kirche eine Initiative in Gang gesetzt, um diesen Impuls in den Bereich der Wirtschaft hinein zu vermitteln. »Arbeit Plus«, das Arbeitsplatzsiegel der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist ein Versuch, darauf aufmerksam zu machen, wie verantwortliches, unternehmerisches Handeln sich auch darin zeigt, Arbeitsplätze zu bewahren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsbedingungen zu entwickeln, die mit Ausbildungsmöglichkeiten verbunden sind, oder Arbeitsbedingungen zu pflegen, die für Männer wie für Frauen familiengerecht sind. Und wir bekommen interessante, ja ermutigende Bewerbungen für dieses Arbeitsplatzsiegel. Ich habe gerade in den letzten Wochen in viele wirtschaftliche Bereiche hinein dieses Vorhaben noch einmal bekannt gemacht. Ich lese mit großem Vergnügen die Antwortbriefe, die in diesen Tagen ankommen. In ihnen wird von verschiedenen Unternehmensverbänden und aus unterschiedlichen Branchen gesagt: Das machen wir bekannt, das leuchtet uns ein.

**V** Die Kirche steht als ethische Mahnerin und mit ihrer Diakonie als sozialer Dienstleister in der Mitte dieser Entwicklung und in der Mitte dieser Diskussion. Im täglichen Alltagsgeschäft treten dabei hier und da natürlich Spannungen auf. Bewohner eines evangelischen Altenheims sind nicht glücklich über eine offene Drogenarbeit in ihrer Nachbarschaft; große Träger – aber auch kleinere – stöhnen unter den von ihnen als Last empfundenen Regelungen des BAT. In der Gesamtheit ergibt sich aus dieser Vielfaltigkeit des christlichen Engagements im Rahmen unserer Kirche aber gerade ein Blick, der deutlich macht, dass eine realistische Sicht der Notwendigkeit sozialpolitischer Reformen keineswegs im Widerspruch steht zum Anspruch christlicher Nächstenliebe. Als Kirche und Diakonie

bekennen wir uns dazu, sozialer Dienstleister zu sein. Deshalb sehen wir, dass schon das jetzige System gewaltige Ungerechtigkeiten mit sich bringt: dass nicht jeder Empfänger von Transferleistungen alleine deswegen als arm zu gelten hat, und dass auch nicht jeder, der Steuern und Sozialabgaben zu zahlen hat, schon dadurch zu den wirklich Leistungsfähigen gehört. Am deutlichsten wird dies bei den Familien, die nach wie vor über Gebühr belastet sind und in einem Maß die notwendige staatliche Entlastung, etwa im Bereich der Kinderbetreuung, vermissen, was viele junge Paare dazu veranlasst, sich ihren Kinderwunsch nicht zu erfüllen. Auch hier der kleine Zusatz: Wir machen es uns zu einfach, wenn wir bei der Begründung dafür, warum dieses Land das Land mit der geringsten Geburtenrate in Europa und das 165. von 170 Ländern weltweit in der Geburtenrate ist, nur auf den gesellschaftlichen Egoismus hinweisen. Individuelle Motive spielen immer mit; aber wenn wir nicht stärker auf die gesellschaftlichen Mechanismen achten, die dabei mitwirken, dann greift das zu kurz. Wir nehmen dann etwas wie ein Geschichtsgesetz hin, was doch nachweislich kein solches sein kann, wenn es sich mit der Geburtenrate schon in unserem Nachbarland Frankreich so anders verhält.

Soweit es also um den sozialpolitischen Reformdruck in unserer Gesellschaft geht, gibt es für die Kirche in ihrer Gesamtheit, aber gerade auch in ihrer Rolle als sozialer Dienstleister, keinen Gegensatz zu ihrem Anspruch, den Wert der christlichen Nächstenliebe wachzuhalten. Dieser Wert, den wir in der politischen Diskussion meist mit »Solidarität« bezeichnen, gehört zu denjenigen Grundlagen unserer Gesellschaft, die sich unmittelbar aus dem christlichen Glauben ergeben, d. h. konkret: aus der Überzeugung ableiten, dass alle Menschen gleichermaßen zu Gottes Ebenbild geschaffen sind. Dieser Grundwert der Solidarität ist daher – ebenso wie das Gleichnis vom barmherzigen Samariter – ein gutes Beispiel dafür, wie prägend die Bibel, der christliche Glaube und die Tradition der Kirche für unsere Gesellschaft sind.

Um dies – wie vieles andere – zu verstehen, braucht man etwas Wissen über die Geschichten der Bibel, über die Inhalte der christlichen Religion. Es könnte ja sein, dass die Kirche sich gerade darin als sozialer Dienstleister in einem sehr ernsthaften Sinn des Wortes erweist, dass sie diese Traditionen wach hält, und an die nächste Generation weitergibt. Es könnte sehr gut sein, dass die Unterstützung der Kirche in diesen Bildungsbemühungen ein wichtiger Beitrag dazu wäre, ihre Rolle als sozialer Dienstleister lebendig zu halten. Der Umgang mit diesem Wissen nämlich ist heute höchst umstritten; dass es zur allgemeinen Bildung gehört, ist nicht mehr selbstverständlich. Manche meinen sogar, es sei nicht einmal zu verantworten, dieses Wissen an die eigenen Kinder weiterzugeben, weil eine Einführung in die Überlieferungen des christlichen

Glaubens diese Kinder in ihrer freien Entscheidung diesem Glauben gegenüber und somit in ihrem freien Willen einschränken würde. Aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen habe ich dieses Argument schon gehört. Und ich frage dann dagegen, schränkt es sie wirklich weniger ein, wenn ihnen die Möglichkeit vorenthalten wird, die christliche Überlieferung zu verstehen? Ist es eine Einschränkung, wenn ich meinen Kindern Deutsch beibringe, obwohl ich weiß, dass es unendlich viele andere Sprachen gibt, die natürlich ethisch absolut gleichrangig sind? Oder eröffnet die Einführung in diese eine Tradition den Kindern nicht gerade erst die Möglichkeit, auch andere Traditionen kennen zu lernen und eine verantwortliche eigene Entscheidung zu treffen?

Am Beispiel des Sonntags erläutere ich, was ich meine. Gerade die Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – gezwungen sind, auch sonntags zu arbeiten, wissen, dass der Rhythmus der Sieben-Tage-Woche, der Wechsel von Arbeit und Ruhe, die gemeinsame freie Zeit für Gottesdienst und soziale Aktivitäten ein hohes Gut darstellen. Gerade wer am Sonntag notwendiger Arbeit nicht ausweichen kann – ich spreche ja durchaus aus eigener Erfahrung –, wird den Schutz des Sonntags auf besondere Weise hochhalten wollen. Heute aber wird unter Verweis auf vermeintliche Erfordernisse der Globalisierung dagegen der Schutz des Sonntags immer stärker zur Disposition gestellt. Ohne Sonntag aber gibt es nur noch Werktage – wie wir als evangelische Kirche vor wenigen Jahren in einer öffentlichen Kampagne gesagt haben. Es ging uns dabei um die Bewahrung einer wichtigen sozialen Institution, um die kulturelle Qualität unseres Zusammenlebens, um den Raum für die Freiheit der Religion. Es ging und es geht uns weiterhin um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, es gibt nicht nur eine ökologische Nachhaltigkeit, es gibt auch eine soziale und eine kulturelle Nachhaltigkeit. Und wir müssen uns immer wieder fragen, ob wir nicht im Begriff stehen, in kurzer Zeit viel von den sozialen und kulturellen Institutionen aufzuzehren, die in langer Zeit aufgebaut wurden und die wichtige Grundelemente einer solchen sozialen Nachhaltigkeit und einer kulturellen Zukunftsfähigkeit sind.

Noch unter einem anderen Gesichtspunkt hat es die Zukunft unserer Gesellschaft, der soziale Zusammenhalt, der Frieden in unserem Land und in unserer Welt nicht bloß mit Zahlen zu tun. Ganz offenkundig beschäftigt uns auch die Frage nach kultureller Identität und Kontinuität in die Zukunft hinein. Ich habe hier in Berlin den Ökumenischen Kirchentag 2003 auch erlebt und wahrgenommen als ein großes öffentliches Signal für das Gewicht der Frage nach einer persönlichen – auch im Glauben – verankerten Identität, als ein großes Signal für die Frage nach kultureller Kontinuität in die Zukunft hinein.

Zugleich aber merke ich dasselbe Interesse derzeit sehr intensiv an der großen Reizbarkeit, mit der die Frage nach der Stellung des Islam in unserer Gesellschaft und nach der Integration der großen muslimischen Minderheit in unserem Land, mit der die Frage, was die Türkei – ihr möglicher Beitritt – für die europäische Identität bedeutet, gestellt wird. Die große Reizbarkeit mit der diese Fragen gegenwärtig diskutiert werden, ist ja zugleich ein Hinweis auf eine erhebliche Unsicherheit im Blick auf die Frage nach unserer eigenen Identität. Auch Menschen, die selbst ohne religiöse Bindung leben, reden in diesem Zusammenhang neu über die christliche Prägung Deutschlands und Europas; der Begriff des Abendlandes bekommt plötzlich wieder Konjunktur. Nicht immer geschieht das mit einem ganz klaren Bewusstsein davon, was man sagt, wenn man dieses Wort verwendet. Die Besorgnis erregende und inakzeptable Verknüpfung zwischen terroristischen Gewalttaten und muslimischem Glauben gibt dieser Diskussion eine ganz unausweichliche Zuspitzung. Diese Diskussion muss geführt werden; und von Sprechern des Islam muss eine wirklich überzeugende Abgrenzung von allen religiösen Rechtfertigungen des islamistischen Terrors erwartet werden. Aber beim Nachdenken über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft geht es offenbar um mehr: Wir müssen ein bewusstes Ja zur eigenen Identität und zur eigenen Zukunft mit der Bereitschaft verbinden, Fremdes zu verstehen und Fremde im Maß des Möglichen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Durch das Zuwanderungsgesetz – endlich verabschiedet und in Kraft getreten – ist dieser Prozess keineswegs abgeschlossen. Es gibt vielmehr, gerade im Bereich der Integration, gefährliche Defizite, die nach wie vor die Situation beherrschen. Identität und Verständigung gehören auf Dauer unumgänglich zusammen, das ist für mich eine der wichtigsten Leitlinien bei der Frage, welches Bild wir denn von der Zukunft unserer Gesellschaft haben.

Ich sage also noch einmal: Insofern es um den sozialpolitischen Reformdruck in unserer Gesellschaft geht, gibt es für die Kirche in ihrer Gesamtheit, aber gerade auch in ihrer Rolle als sozialer Dienstleister keine Alternative zwischen Reformbereitschaft und dem unaufgebbaren Wert der christlichen Nächstenliebe. Insofern es aber um den auch sozialpolitisch bedingten Reformdruck auf die Einzelheiten unseres Sozialstaates geht, trifft dieser Reformdruck – ich sage ganz deutlich: in seinen positiven wie in seinen kritischen und negativen Auswirkungen – auch die Kirchen mit Diakonie und Caritas in ihren gewachsenen Strukturen. Nicht alles davon wird zukunftsfähig sein, und die Frage nach dem Leitbild zwischen Samariter und Wirt, die ich eingangs gestellt habe, muss uns zu Recht beschäftigen. Wir befinden uns in einem durchaus noch offenen Diskussionsprozess, bei dem der Erhalt einer Einrichtung oder einer gewachsenen Struktur aus ethischer Sicht nicht der entscheidende Wert sein kann; eine Situation, in der aber andererseits auch ein Abbruch aller, oft aus Erfahrungen gewonnener, Traditionen genauso wenig automatisch weiter-

führend ist. Ich werde heute Nachmittag bei der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg sein, eines Spitzenverbands, zu dem diakonische Einrichtungen gehören, die insgesamt 44.000 Menschen beschäftigen. Bei den Umbrüchen, die uns als Kirche und Diakonie genauso betreffen wie andere, geht es also in diesem Bereich um 44.000 Schicksale von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und um die Schicksale derjenigen Menschen, denen ihre soziale Dienstleistung gilt. Es geht um viel in den positiven wie in den negativen Auswirkungen der gegenwärtigen Umgestaltungsprozesse. Ich verweise an dieser Stelle gerne darauf, dass sich ja auch die Kirche in ihrem diakonischen Bereich in Arbeitgeberverbänden oder jedenfalls sehr analogen Strukturen organisiert hat und dies aus gutem, ja, aus notwendigem Grund. Die gegenwärtigen und auf dieser Grundlage zu bearbeitenden Fragen sind im Detail gar nicht so anders als viele Fragen, denen sich Unternehmen in dynamischen Branchen gegenübersehen. Festzuhalten ist aus meiner Sicht aber, dass wir auch zukünftig Strukturen solidarischer Hilfe brauchen. Als Kirche sind wir dazu bereit, uns weiterhin in diesem Bereich zu engagieren – sowohl als Dienstleister mit unseren eigenen unternehmerischen Interessen als auch in unserem unverzichtbaren Engagement als Anwalt der Schwachen und Armen mit dem Interesse an Veränderungen. Dabei wird es nämlich stets darum gehen, mit dem Anspruch christlicher Nächstenliebe für eine nachhaltige sozialpolitische Reform einzutreten, also zusammenzuführen, was in dem Titel meines Vortrags als Spannung gegeneinander gestellt war: den sozialen Reformdruck und den Anspruch christlicher Nächstenliebe. ■



## Impressum

**Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände**  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)

**Konzept & Gestaltung**  
Nolte | Kommunikation  
[www.nolte-kommunikation.de](http://www.nolte-kommunikation.de)

**Titelfoto**  
Wolfgang Ruppel, Berlin

**Foto Seite 4**  
epd-bild

